Aus den Organisationen

Bezirksparteitag Chemnitz-Erzgebirge

Chemnitz, 12. Oktober 1924.

Der Bezirksparteitag, dessen Hauptpunkte die Stellungnahme zur sächsischen Politik und das neue Bezirksstatut waren, war von 300 Delegierten besucht. Gen. Landtagsabgeordneter Liebmann legte in einem nahezu zweistündigen Referat die Entwicklung und Auswirkungen der sächsischen Koalitionspolitik dar. Er unterzog dabei besonders die Personalpolitik der Regierung Heldt einer scharfen Kritik und kam zu dem Ergebnis, daß im Interesse der sächsischen Arbeiterbewegung der Austritt aus der Koalitionsregierung und die Vorbereitung von Neuwahlen notwendig seien.

In sehr lebhafter Aussprache ergriffen unter anderm der sächsische Ministerpräsident, Genosse Heldt, und der Innenminister, Genosse Max Müller, das Wort, die die Haltung des Kabinetts zu verteidigen suchten. Mit übergroßer Mehrheit nahm der Bezirksparteitag folgenden Antrag an den Landesparteitag an:

„Der Bezirksparteitag Chemnitz-Erzgebirge stellt fest, daß die gegen den Willen des letzten Landesparteitages eingeschlagene Politik in Sachsen Wirkungen gezeitigt hat, die eine schwere Schädigung der Partei hervorgerufen haben.

Die Beseitigung leitender Sozialdemokraten in den Ministerien, die einseitige Anwendung des Abbaugesetzes, die Reorganisation der Verwaltung im reaktionären Sinn, die skandalösen Verbote der Arbeiterkundgebungen, die sich sogar auf harmlose Veranstaltungen der Arbeiterjugend erstrecken, während alle republikfeindlichen Organisationen volle Freiheit und teilweise Vorzugung durch die Staatsorgane genießen, das alles ist so deutlich gegen die sächsische Arbeiterschaft gerichtet, daß an der reaktionären Tendenz dieser Koalitionsregierung kein Zweifel mehr ist. Nur die **schnellste Auflösung des Landtags kann dem Unfug ein Ende machen.** Diese arbeiterschädliche Politik verurteilt auch den Beschluß des Berliner Parteitages über Koalitionsregierungen.

Infolgedessen mißbilligt der Parteitag des Bezirks Chemnitz-Erzgebirge die gegenwärtige Regierungspolitik in Sachsen und fordert, daß die Politik der Landtagsfraktion dem Beschlusse des Reichsparteitages gemäß auf den Mehrheitswillen der sächsischen Parteigenossen eingestellt wird. Die Schlagkraft der Partei kann nur gewinnen durch eine klare sozialistische Politik."

Mit der gleichen Mehrheit fand folgender Antrag Annahme:

„Die Landesversammlung wolle beschließen, die sächsische Regierung aufzufordern, schnellstens Vorbereitungen zu einer Amnestierung der politischen Verurteilten zu treffen und sie in weitestem Maße zur Anwendung zu bringen.

Der Bezirksparteitag betrachtet es als ein Gebot der Gerechtigkeit, für die Opfer politischer und wirtschaftlicher Verhältnisse einzutreten, die bei der Verteidigung der Republik sich Landfriedensbruch-Aufruhr, und andre von einer Klassenjustiz durchgeführte Prozesse zugezogen haben. Sinngemäß fordert der Bezirksparteitag weiter die **Niederschlagung der noch schwebenden Prozesse.** Im besonderen stellt der Bezirksparteitag den Antrag, von der sächsischen Regierung die **Begnadigung Dr. Zeigners** zu fordern, dessen Verurteilung in weitesten, auch bürgerlichen Kreisen der Bevölkerung als widerrechtlich und ungerecht empfunden wird.

Außerdem wolle die Landesversammlung beschließen, dem Genossen Dr. Zeigner in der Durchführung des gegen ihn schwebenden Landesverratsprozesses, alle juristische, moralische und materielle Hilfe zu gewähren, die erforderlich ist."

Nachdem die Haltung der Volkstimme nachdrücklichst gebilligt und die Redaktion aufgefordert wurde, diese Haltung weiter zu vertreten, kam das neue Bezirksstatut zur Beratung. Nach zum Teil sehr stürmischen Debatten, wurde es in der vom Bezirksvorstand eingebrachten Form es blos angenommen.

Die Wahlen zum Bezirksvorstand ergaben eine große Mehrheit für die Wiederwahl des bisherigen Vorstandes. Zum ersten Bezirksvorsitzenden wurde Genosse Karl Büchel wiedergewählt, der den Bezirksparteitag mit einer kernigen Schlußansprache und einem Hoch auf die Sozialdemokratie schloß.

•

Aufforderung zum Rücktritt der sozialdemokratischen Minister

Die Konferenz des Freitaler Unterbezirks der Sozialdemokratischen Partei nahm nach einem Referat des Landtagsabgeordneten Genossen Böttel gegen zwei Stimmen folgende Entschließung an:

„Die Konferenz des 6. Unterbezirks Freital ersucht den Landesparteitag, folgendes zu beschließen: Dem Landesparteitag der sächsischen Sozialdemokratie können die Ergebnisse der Politik der bestehenden Regierungskoalition nicht genügen. Die Umstände, unter denen die gegenwärtige Regierung gebildet wurde, erschwerten die Durchsetzung einer Politik, die der parlamentarischen Stärke der Sozialdemokratie entsprach. Der Parteitag hält Teilnahme an einer Koalitionsregierung nur dann für möglich, wenn bestimmten noch näher zu formulierenden Richtlinien und Mindestforderungen Rechnung getragen wird. Um eine Klärung der jetzigen unhaltbaren Lage herbeizuführen, ersucht der Parteitag die Ministergenossen, ihre Aemter der Partei zur Verfügung zu stellen. Haben die dann eingeleiteten Schritte zur Neubildung der Regierung keinen Erfolg, werden die Landesinstanzen und die Landtagsfraktion beauftragt, die Maßnahmen zu treffen, die die Auflösung des Landtages herbeiführen."

Einstimmig angenommen wurde noch folgender Antrag:

„Der Landesparteitag wolle beschließen: Die Reichstagsfraktion wird ersucht, einen Antrag auf Schaffung eines Gesetzes einzubringen, der wie der Antrag der englischen Arbeiterpartei im Unterhaus fordert, daß jeder Arbeiter mit dem 60. Lebensjahre aus dem Arbeitsprozeß ausscheidet und seine Existenz durch eine menschenwürdige Rente gesichert wird."

•

Der Unterbezirk Löbau nahm am Sonntag (12. Oktober) nach einleitenden Referat der Genossen Arzt und Bethke gegen wenige Stimmen ein Entschließung an, die die vom Parteivorstand eingesetzte Untersuchungskommission gegen die parteigenössischen Minister begrüßt, aber gleichzeitig auch alle Garantien einer ungetrübten Untersuchung fordert. Desgleichen wurde einstimmig die Begnadigung Dr. Zeigners in einem Antrage verlangt. Eine Entschließung, die die Auflösung des Landtages forderte, wurde mit geringer Majorität abgelehnt. Dem Unterbezirkssekretär Schmidt, dessen Wahl von einigen Ortsgruppen des Unterbezirks angefochten war, wurde gegen ganz wenige Stimmen das Vertrauen ausgedrückt.

Sachsen

Die Abbauhetze der Leipz. Neuesten Nachrichten

Die Leipziger Neuesten Nachrichten, die durch die revolverjournalistischen Methoden eine traurige Berühmtheit erlangt haben, leisten sich erneut einen unberechtigten Angriff gegen einen sozialdemokratischen Abgeordneten, der tiefer gehängt werden muß. Landtagsabgeordneter Genosse Edel hatte in der sächsischen Presse (auch in der Dresdner Volkszeitung) einen Artikel veröffentlicht, in dem er sich für die Opfer der Inflationszeit einsetzte. Eine Amnestie sei aus verschiedenen Gründen mehr als angebracht. Die L. N. N. schäumen vor Wut über diesen Artikel und sie beweisen dadurch nur seine Notwendigkeit. Bekanntlich hat sich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ebenfalls durch Amnestieanträge entschieden für die Opfer der Inflationszeit eingesetzt, und die Vertreter der sächsischen Sozialdemokratie werden sich auch durch Blätter vom Schlage der Leipziger Tante nicht an ihrer Pflicht, die Interessen der werktätigen Massen zu vertreten, hindern lassen.

Was aber besondere Zurückweisung verdient, ist der Versuch, entgegen den klaren Bestimmungen der Verfassung die Meinungsfreiheit der Beamten zu knebeln. Die Verfassung räumt den Beamten das Recht ein, ihrer Anschauung öffentlich Ausdruck zu geben. Trotzdem verlangen die L. N. N. nicht mehr und nicht weniger als die Entfernung des Genossen Edel aus der Redaktion der Sächsischen Staatszeitung. Diese Forderung ist zwar ein alter Wunsch des reaktionären Blattes. Um so durchsichtiger ist aber auch der angeführte Grund, der für die reaktionäre Hetze herhalten muß. Schon die Ueberschrift ist charakteristisch: „Ein würdiger zeitgenössischer Staatsbeamter". Hoffentlich wird dieser Artikel das Gegenteil des beabsichtigten Zweckes erreichen. Der Hinweis auf die angeblich hohen Bezüge des Genossen Edel ist von einer so blühenden Phantasie diktiert, daß er ebenfalls nicht über den Zweck dieser neuen Hetze hinwegtäuschen kann.

•

Mehr Gerechtigkeitssinn?

Von der Nachrichtenstelle der Staatskanzlei wird uns geschrieben:

In dem Artikel „Mehr Gerechtigkeitssinn" in der Dresdner Volkszeitung vom 9. Oktober wird zweimal „von Tausenden und aber Tausenden" von eingekerkerten politischen Gefangenen gesprochen. Das kann sich selbstverständlich auf Sachsen nicht beziehen, ist auch wohl nicht so gemeint. Im übrigen sind für die Gnadenpraxis gegenüber den in der Inflationszeit begangenen Delikten sowohl gegen die Notwirtschaftsgesetze, wie gegen die öffentliche Ordnung (Landfriedensbruch usw.) vom Justizministerium bestimmte Richtlinien erlassen worden, die schon wiederholt öffentlich bekanntgegeben worden sind. Diese Richtlinien decken sich mit den teils vorher, teils nachher von Preußen aufgestellten und vom Reiche empfohlenen Grundsätzen. Man bringe — statt sich fortwährend nur mit allgemeinen Vorwürfen gegen die Justiz zu ergehen — Fälle bei, in denen jene Grundsätze nicht berücksichtigt oder unbillig gehandhabt worden sind.

Wenn allerdings vom Justizministerium verlangt wird, die Staatsanwaltschaften und die Gerichte anzuweisen, den Landfriedensbruch-Paragraphen nicht anzuwenden, obwohl nach seinem unzweideutigen Wortlaut die tatsächlichen Voraussetzungen dafür vorliegen, so muß dies als verfassungs- und gesetzwidrig abgelehnt werden.

Eine Regierungsbroschüre

In einigen bürgerlichen Blättern werden gegenwärtig Auszüge aus einer Broschüre nachgedruckt, die man eine sächsische Regierungsbroschüre nennen kann. Sie betitelt „Die angefeindete Beamtenpolitik der Regierung Heldt" und ist untergezeichnet: Die sozialistischen Minister. I. A.: Heldt. Mit der Broschüre wird der Versuch gemacht, die innerhalb unsrer Partei viel angegriffene sächsische Personalpolitik zu verteidigen und zu erklären. Wir gehen auf den Inhalt der Broschüre deswegen nicht ein, weil wir unsre Meinung zum Thema Beamtenpolitik mehrfach gesagt haben. Nur zweierlei möchten wir erklären.

Erstens: In einem Begleitschreiben mit der gleichen Unterschrift, wie sie die Broschüre trägt, heißt es, die Schrift soll „den Parteifunktionären zur Aufklärung dienen". Aber die Verteilung dieser Broschüre erfolgte nicht durch die zuständigen Parteiorganisationen, sondern durch Sonderorganisationen, so daß auch wir erst in den letzten Tagen in den Besitz eines Bändchens gelangen konnten. Diese Art, in unsre Parteidiskussionen durch Sonderorganisationen und nicht der gesamten Partei zugängliche Sonderschriften einzugreifen, haben schon Parteivorstand und Parteiausschuß in mehreren Fällen verurteilt.

Zweitens: Wir bestreiten unsern Ministern selbstverständlich nicht das Recht, ihre Politik zu verteidigen. Ja, wir möchten sogar wünschen, daß sie dort, wo Platz und Gelegenheit dazu war (in der Fraktion, im Landesarbeitsausschuß, in den Vertrauensmännerzusammenkünften der Partei) mehr Gebrauch von diesem Rechte gemacht hätten. Aber in der Oeffentlichkeit — und unsre Minister müssen wissen, daß solche Broschüren in die breite Oeffentlichkeit gelangen — sind diesen Diskussionen selbstverständlich Grenzen gezogen. Das gilt für beide Teile. Die Ministerbroschüre stellt die intellektuellen und sonstigen Qualifikationen verschiedener abgedauter Genossen in gröblicher Weise bloß. Sie tragen dabei Auffassungen vor, die ganz individuell sind und deren Richtigkeit von andern, gut Eingeweihten bestritten wird. Was würden sie sagen, wenn von der Opposition persönliche Ansichten über Eignung oder Nichteignung dieser oder jener Ministergenossen in Broschürenform entwickelt würden? Wir brauchen das nur anzudeuten, um jeden klar zu machen, wohin der von den Genossen in der sächsischen Regierung beschrittene Weg für die Partei führen müßte.

Im übrigen — und das gilt für die Minister einer jeden Demokratie — haben die Minister ihr Amt als Vertrauensamt bekommen und haben das Amt niederzulegen, wenn sie das Vertrauen ihrer Mandatgeber nicht mehr besitzen. Sie mögen um das Vertrauen in den gegebenen Grenzen und mit den erlaubten Mitteln ringen, aber wenn sie glauben, Vertrauen mit solchen Methoden zu erhalten, gehört dazu eine Auffassung, die wir hier nicht näher charakterisieren wollen.

Die gemeinwirtschaftliche Regelung der Milchversorgung

Von der Landesstelle für Gemeinwirtschaft wird uns folgende Entschließung übermittelt:

Die Versorgung der Bevölkerung mit Milch, dem für die Volksgesundheit und Volkskraft bedeutungsvollsten Nahrungsmittel, zeigte bereits vor dem Kriege so große Mängel und Mißstände, daß öffentliche Maßnahmen nicht nur allgemein verlangt, sondern auch vereinzelt mit dem größten Erfolge durchgeführt worden sind. Auch während des Krieges und besonders kurz nach dem Kriegsende wurde die dringende Notwendigkeit einer gesellschaftlichen Regelung der Milchversorgung allgemein anerkannt und in Angriff genommen. Die Durchführung der für richtig erkannten Maßnahmen scheiterte nur an den Verhältnissen der Inflationszeit.

Die Mißstände in der Milchversorgung, besonders auch in hygienischer Hinsicht, die sich zur Zeit wieder herausgebildet haben, sind Veranlassung, die unterbrochenen Arbeiten wieder aufzunehmen. Da ein Reichsmilchgesetz nicht zu erwarten ist, muß die gesetzliche Regelung nun von den Ländern vorgenommen werden, während die Städte mit der Errichtung von Milchzentralen nach den Vorbildern von Mannheim und Nürnberg beginnen müssen. Die Landesstelle für Gemeinwirtschaft, die bereits im Jahre 1919 in Heft 8 ihrer Veröffentlichungen über „Die gemeinwirtschaftliche Regelung der Milchversorgung" die zu gehenden Wege gezeigt hat, nimmt ihre Untersuchungen über den Stand der Milchversorgung und ihre Vorarbeiten für eine gesellschaftliche Regelung wieder auf und wird mit entsprechenden Anträgen hervortreten.

Kommunistischer Amnestieantrag

Die Kommunisten haben im Landtag folgenden Antrag eingebracht:

„Die Regierung wird beauftragt, sofort alle Vorbereitungen für eine umfassende Amnestie zu treffen."

Diethelm von Buchenberg

Eine Schwarzwald-Geschichte
von Berthold Auerbach

Dieses Verwenden der ganzen Lebensarbeit seiner Wohner als eines bloßen Wertgegenstandes hatte schon etwas Herausforderndes, Feindseliges. Der ewige Zwiespalt zwischen den Hervorbringenden und denen, die solches Händewerk mit Reden und Schreiben zu eigenem Verwenden, ist auf dem Lande naturgemäß ein Streit gegen die Kornhändler, der sich je nach den Zeitläuften zu ausgesprochenem Hasse entwickelt. Das Vorhalten dünkene von dem großen Weltverkehr und daß die Ereignisse der ganzen Menschheit einander angehen will bei dem, dessen Auge auf der beschränkten Stätte seiner Arbeit haften muß, nicht Eingang finden; in dieser wie mancher andern Beziehung arbeitet die Zeit noch an der Erhebung zum Gedanken der großen Weltgleichheit.

Auch Diethelm erfuhr in seinem Tun mancherlei Haß. Um ihn zu versöhnen, reizte er ihn noch, indem er oft sagte: „Ihr arbeitet euch krumm und lahm, und ich schau zum Fenster hinaus und hab' meine grünen Soffianstiefel an, und verdien' dabei in einer Stunde mehr als ihr in drei Monaten." Das war aber nicht immer der Fall, in demselben Jahre, als Diethelm in seinem Handel eine große Schlappe erlitt, wurde er auch nicht mehr zum Dreiheiß gewählt, und er begann nun das Schafhalten und Wollhandel. Die Umgegend von Buchenberg eignete sich dazu, die Schafe ihre sieben Monate auf dem Stallgang zu erhalten, aber auch Seuchen blieben nicht aus, empfindliche Verluste mit sich führten.

Medard war gegen seinen Herrn voll Zorn und Haß, wieder voll ergebener Abhängigkeit. Wenn er auch nun so viele Jahre bei ihm diente, ließ es ihn Diethelm gefühlen, daß er ihn als Sträfling genommen, und behandelte ihn oft mit tyrannischer Wut, gegen die auch nicht der leiseste Widerspruch sich erheben durfte. In der Seele des Schäfers setzte sich daher Bitterkeit fest, die ihn wünschen ließ, daß sein Herr einmal zu Falle kommen oder in seine Hand geraten möge. Seine Munde dagegen war voll aufrichtiger Liebe gegen Diethelm, der ihm dafür auch mit besonderer Freundlichkeit zugetan blieb.

Fünftes Kapitel

Während die Brüder draußen vor dem Tor sich über das Leben ihres Meisters besprachen, saß dieser drin beim Sternenwirt im hinteren Stübchen vor einer Flasche vom Besten, die der Sternenwirt zu Ehren seines Gastes auftischte und dabei seine Familienverhältnisse darlegte.

Halb klagend, halb ruhmredig erzählte er, wie sich die Zeiten ändern: er selber sei noch Metzger gewesen und habe dabei gewirtet, jetzt aber müsse ein Wirt alle Sprachen kennen, und ein Handwerk daneben zu treiben sei gar nicht denkbar; sein Wilhelm sei aber auch in Genf und „auf der Universität von allen Kellnern, im Schwan in Frankfurt," gewesen.

Diethelm zeigte sich diesen Mitteilungen besonders teilnehmend und aufmerksam, denn es ist dem bangenden Herzen oft nichts erwünschter, als durch Aufnahme fremden Schicksals sein selbst zu vergessen. Während der Sternenwirt erzählte, hatten sich eine von dessen Töchtern und der Sohn angelegentlich mit Fränz beschäftigt und waren oft in lauten Scherz ausgebrochen. Der Sternenwirt rückte nun, von der Teilnahme seines Zuhörers ermutigt, weiter heraus: wie glücklich ein vermögliches Mädchen mit seinem Wilhelm werden könne, er wolle den Engel in der oberen Stadt kaufen und ausbauen und sei ohne Rühmens der geschickteste Wirt. Diethelm nickte einverständlich und bemerkte nur, daß der Wilhelm noch jung sei und wohl noch ein paar Jährchen warten müsse, und der Wirt stieß eben mit ihm an, als der Reppenberger eintrat. Diethelm nahm ihn beiseite und vernahm, daß nichts zu verkaufen sei und höchstens ums halbe Geld.

„Sag nur, ich behalt' den Posten auch noch," rief Diethelm plötzlich laut und sagte dann, daß es alle hören konnten, leichthin zu dem Wirt: „Kannst mir nicht auf eine Stunde fünfhundert Gulden geben?"

„Auf eine Stunde kann's schon sein," erwiderte der Wirt, „es hat mir ein Händler tausend Gulden aufzubewahren gegeben. Nicht wahr, du bringst mir's gleich wieder? Von wegen, wenn's mein wär', könntest's behalten, so lange du willst, wär' mir sicherer als im Kasten. Es ist halb Silber und halb Papier. Was willst?"

„Die Taler; der Steinbauer hört das Geld gern klappern, er traut ihm eher."

Diethelm empfing ein graues Säckchen mit den Geldrollen, er übergab die kleine Last dem Reppenberger zum Tragen, befahl der Fränz, ihn hier zu erwarten, und ging mit seinem Geleit stolz durch das Marktgewühl. In der Post brach er alle Rollen auf und zählte und klimperte mit dem Gelde, das er dem Steinbauer einhändigte; das graue Säckchen betrachtete er dann eine Weile still und steckte es endlich zu sich, wobei er es an Spottreden auf den Steinbauern nicht fehlen ließ; dieser zählte aber- und abermals die Häufchen ab und hörte auf nichts.

Vor dem Hause atmete Diethelm auf und sagte dem Reppenberger, daß er tausend Gulden haben müsse, und wenn er sie aus dem Heiligenkasten stehlen sollte.

„In dem Rest muß Geld sein, hilf's holen," ermahnte er den Reppenberger. Dieser wußte auch Rat: der Kastenverwalter hatte einen großen Posten bereit, aber nur auf Hypothek oder Wechsel. Von ersterer konnte bei Diethelm keine Rede mehr sein, er hatte nichts Unbewegliches als sein Haus und die Wiesen, und das war die letzte Sicherheit der Frau; und hätte er auch diese, wie er wohl wußte, zu einer Unterschrift bewegen können, er durfte es für sich selbst nicht tun, denn mit Aufnahme einer Hypothek wäre all sein Ansehen vernichtet; vor dem Wechsel aber hatte Diethelm eine Höllenscheu, der Reppenberger mochte das einen albernen Bauernaberglauben schelten und darüber spötteln wie er wollte. Vor der Tür des Kastenverwalters stand Diethelm mit Reppenberger wie angewurzelt; er lachte zwar, wenn Reppenberger das „Haus Diethelm" aufforderte, zu verfahren, wie ihm zukam, aber innerlich bebte ihm das Herz: endlich mußte doch ein Entschluß gefaßt werden, und weil denn einmal das Unvermeidliche zu vollziehen war, entlehnte Diethelm gleich noch ein zweites Tausend. Dennoch erhielt er nur mit großer Mühe sechshundert Gulden bar, das übrige mußte er in fremden Staatspapieren zu hohen Tagespreisen annehmen. Noch nie zitterte die Hand Diethelms so sehr, als da er den Wechsel unterschrieb. Auf der Straße war's ihm, als sähe es ihm jedermann an, daß er sich dazu verpflichtet hatte, nach drei Monaten in schmähliche Gefangenschaft zu gehen; aber die Leute waren so ehrerbietig wie je, im Stern fand man es nicht im entferntesten verwunderlich, daß Diethelm auf die Minute sein Wort hielt; und als dieser dem Wirt die Staatspapiere aufzubewahren gab, kam ein neuer Stolz über ihn: „Tausende handeln ja nur mit Kredit, warum soll ich es nicht auch? Ich kann auch mit einem Federstrich Summen hin- und herschieben."

(Fortsetzung folgt.)

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19241014/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG